



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1924

318 (11.7.1924) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-214691](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-214691)

Mannheimer General-Anzeiger

Neue Mannheimer Zeitung Badische Neueste Nachrichten

Bezugspreise: In Mannheim und Umgebung monatlich 40 Pfennig, Pfrund. Die monatlichen Bezüge verpflichten sich bei der Kündigung der wirtschaftlichen Bedürfnisse entsprechend werdende Preisänderungen anzuerkennen. Postkontonummer 17300 Karlsruhe. Hauptvertriebsstelle Mannheim L. 4. 5. — Geschäfts-Verwaltung: Deckerstr. 11. Mannheim. Dr. 7041, 7042, 7043, 7044, 7045. Katalog-Vertrieb: Generalanzeiger Mannheim. Erscheint wöchentlich außer in den Feiertagen.

Anzeigenpreise nach Tarif, bei Voranmeldung von einwöchigen Anzeigen für Allgemeine Anzeigen 0.40 pro Zeile und Tag. Bei Anzeigen in bestimmten Tagen und Ausgaben wird keine Veranmeldung übernommen. Solcher Anzeigen, welche, durch das Fortbleiben von Seiten der Empfänger, nicht zur Ausführung kommen, sind zu zahlen. Anzeigen sind für den Eigentümer zu übernehmen, außer die Anzeigen, welche ohne Gewähr, erscheinen. Mannheim.

Beilagen: Sport u. Spiel im Mannheimer General-Anzeiger - Aus Zeit u. Leben mit Mannheimer Frauen- u. Musik-Zeitung - Welle u. Schall - Aus Feld und Garten - Wandern u. Reisen

Die Opposition gegen Herriot

Die Bedenken der Poincaristen

Die Opposition gegen den englisch-französischen Einmischungsplan scheint sich leicht zu organisieren. Das "Echo de Paris" tritt offenbar an die Spitze dieser Opposition und führt u. a. aus, die französisch-englische Differenz nehme Frankreich die Verantwortung an, unabhängig davon, ob Frankreich seine Solidarität den Briten gegenüber nicht ablehnen könnte. In der Tat, der Sachverständigenrat hat in der Erklärung, die sie im Hinblick auf die Wiederherstellung der deutschen Verwaltung- und Wirtschaftseinheit notwendig war, die Verantwortung für die Leistungen der Anleihe für die Sachverständigenrat trete ferner de facto anstelle des Ausschusses 8 des Verfallter Vertrags. Um dessen Erklärung noch ausführlicher zu machen, sei in der vorerwähnten veröffentlichten Note der Sachverständigenrat, die ein Schiedsrichter berufen werden solle, um sich über die Wirksamkeit und Unklarheiten auszusprechen, die im Hinblick auf die Sachverständigenrat trete ferner de facto anstelle des Ausschusses 8 des Verfallter Vertrags.

Eine „Bewährungsfrist“ für Herriot

In der Kritik der getrigen Debatte im Senat kommt durchgehend in den Vorschlägen der Bedenken zum Ausdruck, daß Herriot es im Augenblick nicht unbedingt auf einen Sturz der Regierung Herriot abgesehen habe, sondern vielmehr dem Ministerpräsidenten eine Art „Bewährungsfrist“ über die Londoner Konferenz hinaus gewähren wolle.

Herriot antwortet auf Poincares Rede

Bereits heute wird Ministerpräsident Herriot auf die getrige Rede Poincares im Senat antworten. Selbst die Oppositionsprache ist der Meinung, daß mit einem Misserfolg Herriots in der Debatte nicht zu rechnen sei.

Maginot haßt eine Zeitung

Wie bekannt, soll der frühere Kriegsminister Maginot wegen Verkaufes einer großen Zeitung unterhandeln. Es heißt aber, es werde vor dem Zusammenritt der Kammer im Oktober nichts Endgültiges in dieser Angelegenheit getan werden.

Unstimmigkeiten in der Londoner und Pariser Veröffentlichung

Wie in London sofort nach Veröffentlichung der Vereinbarung zwischen Herriot und Macdonald feststellbar wurde, stimmen die englische und die französische Text nicht überein. Im englischen Text steht ein Absatz, der feststellt, daß keine Bestimmungen des Verfallter Vertrags abgeändert werden dürfen, da sonst das Vertrauen zum Wähler und zu den schließlich übernommenen Verpflichtungen erschüttert würde. Lord George hat diesen Unterschied zum Gegen-

stand einer Anfrage der Liberalen gemacht. Er steht auf dem Standpunkt, wenn man Deutschland im Interesse einer vorläufigen Regelung der Reparationsfrage zumute, Bestimmungen auszusprechen, die weit über den Verfallter Vertrag hinausgingen, so müsse es für die Alliierten eine Ehrenpflicht sein, bei der Auslegung der Reparationsbestimmungen des Vertrags eine dem deutschen Zugeständnis entsprechende Großzügigkeit zu zeigen. Er hält es besonders im Hinblick auf die gewünschte Mitwirkung Amerikas für äußerst bedauerlich, wenn sich der englische Premierminister ausdrücklich binde, keine sachlichen Vorschläge für die Anwendung des Sachverständigenrats in Erwägung zu ziehen, die an irgendeinem Komma oder Buchstaben des Friedensvertrages rühren könnten.

Amerika und der Sachverständigenrat

Nach einer Washingtoner Drohmelung eines Berliner Mittagblattes ist man in politischen Kreisen der Ansicht, daß von den zuständigen Stellen die Frage zu prüfen sei, ob Präsident Coolidge ohne Zustimmung des Senates den amerikanischen Delegierten im Dawes-Kongress Owen Young, der als Generalagent der deutschen Zahlungsüberweisungen in Aussicht genommen ist, ermächtigen könnte, in Fragen, die der deutschen Bezug betreffen, als Schiedsrichter aufzutreten. Von einer anderen Seite des Staatsdepartements werde als Lösung vorgeschlagen, daß Young als Schiedsrichter in genau umgrenzter Eigenschaft dienen sollte. Immerhin wird nach wie vor noch bezweifelt, daß der amerikanische Delegierte seine volle Stimme in der Reparationskommission abgeben könne, ohne die informelle Stellung ernstlich zu gefährden, die er streng innehaben soll. Für praktische wird in gewissen Kreisen Washingtons der Vorschlag gehalten, daß das entscheidende Urteil, ob ein Bezug Deutschlands vorliegt, von dem Generalagenten für die Reparationszahlungen abgegeben werden soll. Die alliierten Kreise, die diesen Standpunkt einnehmen, sind der Ansicht, daß der Generalagent der Beamte ist, der den Vorsitz in dem im Dawesplan vorgesehenen Transferkomitee führen soll.

Die Eröffnung der Konferenz

Nach Londoner Blättern wurde die Eröffnung der interalliierten Konferenz für Mittwoch vormittag um 11 Uhr im Foreign Office festgelegt. Die Stärke der einzelnen Abordnungen sei der britischen Regierung noch nicht mitgeteilt. Es werde jedoch erwartet, daß sich insgesamt etwa 150 Regierungsvertreter beteiligen werden. Da Polen an der Londoner Konferenz seine Teilnahme nicht durchsetzen konnte, ist jetzt der polnische Delegierte bei der Reparationskommission Wegowski nach London geschickt, um als Beobachter an der Konferenz teilzunehmen und seiner Regierung laufend zu berichten.

Graf Sforza über die deutschen „Küftungen“

Der „Popolo“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem Grafen Sforza, in der dieser sich über die internationale Lage äußert. Graf Sforza erklärt, es stehe außer Zweifel, daß das Kabinett Marx-Strafmann den Sachverständigenplan zur Anwendung bringen werde. Die immer wiederkehrenden Geschlächen über angebliche „Küftungen“ Deutschlands seien nichts mehr als Kluff und Märchen.

ring Deutscher Art“ und wegen der Einschmuggelung von 12 Gummistrümpfen zu 3 Jahren Gefängnis und 1000 Goldmark Geldstrafe.

Die Befragung sabotiert weiter

Nachdem die auf Antrag der Interalliierten Rheinlandkommission von der Handelskammer Mainz als Beisitzer und stellvertretender Beisitzer beim genutzten Eisenbahngesetzgericht vorgeschickten deutschen Beisitzer (Sonderverordnung Nr. 244) die Übernahme dieser Kommer abgelehnt hatten, wurde beiden Herren von den Franzosen eröffnet, daß sie sich als „requisit“ zu betragen hätten und daß die Entscheidung der Rheinlandkommission als Beschluß ausfallen sei.

Diese neue französische Maßnahme findet wieder in den Verordnungen der Rheinlandkommission, nach im Rheinlandabkommen irgend einen Sachstiftel. Das Verhalten der französischen Befragungsbehörde in Mainz ist ein weiterer Beweis für die planmäßige Sabotage der Befriedigungsarbeiten der neuen französischen Regierung durch ihre Funktionäre im besetzten Gebiet.

Der angebliche Abbau der Micum

Berlin, 11. Juli. (Von unserem Berliner Büro.) Zu der Meldung des „B. L.“ über einen bevorstehenden, aber zum großen Teil bereits vollzogenen Abbau der Micum ersuchen wir an zuständiger Stelle, daß leider keinerlei Anzeichen vorliegen, die diese optimistische Auffassung irgend wie rechtfertigen könnten. Es scheint ganz im Gegenteil, als ob die Micum nach Art der früheren Kriegssozialisten alles daran setze, um sich möglichst lange im Sattel zu halten.

Amerikas Stellung zur Abrüstung

Vom Botschaftssekretariat wurde die ablehnende Antwort der amerikanischen Regierung auf den Entwurf eines allgemeinen Garantievertrages auf der Grundlage allgemeiner Abrüstung veröffentlicht. In der Antwort heißt es, daß der Vorschlag von der amerikanischen Regierung sogleich verworfen worden sei, daß es ihr aber unmöglich sei, dem Vertrage beizutreten, weil die Vereinigten Staaten nicht Mitglied des Botschaftsbundes seien und weil die konstitutionelle Befugnis der Regierung den Vereinigten Staaten einen Beitritt nicht ausüben.

Die Wirtschaftskrise in Ungarn. Eine jetzt veröffentlichte ungarische Statistik ergibt, daß in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres in Budapest über 6000 Industrie- und Handelsbetriebe aller Branchen den Betrieb wegen der wirtschaftlichen Krise eingestellt haben. Auch 208 Börsenmakler und 880 Warenaufseher haben ihre Vorkantoren zurückgegeben und sich anderen Berufen zugewandt.

Deutschland und Polen

Von Agel Schmidt

Die wirtschaftlichen Verhältnisse in Polen sind so schwierig geworden, daß man meinen sollte, für auswärtige Fragen wäre keine Zeit und kein Interesse vorhanden. Das ist aber nicht der Fall. Das Kabinett Grabsti, das letzzeitig unter der Flagge der Parteilosigkeit die weitgehenden Vollmachten vom Parlament erhielt, die wirtschaftlich und finanziell verfahrenen Verhältnisse zu sanieren, ist unter dem Zwang, Großgrundbesitz und Großindustrie auf seine Seite zu ziehen, immer mehr ins rechte, d. h. nationaldemokratische Fahrwasser geraten. Schließlich haben sich die linken Parteien genötigt gesehen, gegen den Ministerpräsidenten Grabsti Front zu machen, obgleich die Sanierungspläne des Finanzministers Grabsti auch von ihnen anerkannt wird. Nur durch Konzeptionen seinerseits wurde seine und seines Außenministers, Grafen Jozefowits gefährdete Stellung erhalten. Aber bei den Bestimmungen war nur eine knappe Mehrheit von wenigen Stimmen vorhanden.

Die polnische Linke vertritt jetzt die Ansicht, daß, nachdem in der Entente Demokraten und Sozialisten, wie Macdonald und Herriot, ans Ruder gekommen sind, es grundsätzlich wäre diesen Umständen in Polen nicht Rechnung zu tragen. Es verlangt in der auswärtigen Politik einen scharfen Kurswechsel, weil sie sonst befürchtet, eines Tages von Herriot Russland zuliebe geopfert zu werden. Der gleich nach den Wahlen von französischen linken Politikern, wie Poincare, Herriot, Leo Blum und anderen gegen den polnischen Terror in Ostgalizien und Westruhen eingelegte Protest hat in Warschau geradezu alarmierend gewirkt. Als Antwort auf diese französische Warnung wird von der Linken fürmlich eine radikale Lösung von der heißen Minderheitsfrage und positive Mitarbeit im Botschaftsbund verlangt. So schrieb kürzlich das Parteiblatt der polnischen Sozialisten „Robotnik“:

„Die Grenzen Polens umfassen eine Menne von nichtpolnischen Elementen. Die Statistik belehrt uns, daß sie etwa den dritten Teil der Gesamtbevölkerung ausmachen. Wenn Polen nichts tut, um diese fremden Elemente in keinen Bereich hineinzuweisen, wenn es feinerliche Wünsche dieser Völker auf dem Gebiet der Kultur, der Aufklärung und der Selbstverwaltung erfüllt, so ist es nur nicht zu verwundern, daß diese Völker von Jahr an schwächen und ihnen doch im breiten Zeitraum offenbaren. Von ihren Bestrebungen kann man eine Bibliothek einrichten, und eine solche Bibliothek besteht beim Botschaftsbund. Polen entfesselt seine Schwärze nach Ost, nach dem Ussak, nach Paris. Diese Schwärze verleiht eine Sode nach der anderen. Diese Ausbeutung der Minderheitsfrage bildet eine grobe Gefahr für Polen. Jeder Völker wohlwollende Staatsmann des Auslandes magt Polen und tut auf der Hut zu sein. Ein Land, das Werte schaffen, sich entwickeln und seine Kinder bilden, und das keine Arianen und seinen Wohlstand beordnen will, kann nicht ein Bmal von Soldaten mit aufgeschaukten Bajonnetten sein. Um so mehr ein Land, das solche Ausbeutung und solche acoravischen Grenzen besitzt wie Polen. Wer nicht bezieht, daß von der Tribuna der Minderheitsfrage in bedeuter Weise die Zukunft des polnischen Staates abhängt, der kann Polen nicht reazieren.“

Koch sind aber die Nationaldemokraten am Ruder, die von ironischen Konzeptionen an die Minderheiten nichts wissen wollen, sondern glauben, jede Opposition durch erhöhte Rüstungen niederzuschlagen zu können. Dabei befinden sich augenblicklich der Kriegsminister, der Chef des Generalstabs und der Chef der Heeresverwaltung auf einer Rundreise durch alle Produktionsstätten der polnischen Rüstungsindustrie. Diese Inspektionsreise ist die Vorbereitung zu einer Konferenz über den Ausbau der polnischen Rüstungsindustrie.

Die rechte Presse in Polen ist dabei eifrig bestrebt, den Gegensatz zu Deutschland zu verschärfen. Immer wieder wird von prominenten Persönlichkeiten der Zugriff auf ein deutsches Gebiet als nationale Notwendigkeit gepriesen. Die sensationelle Rede des Präsidenten der Republik Wojciechowski in Polen, in der er erklärte, daß nicht alle polnischen Länder, nicht alle für die Fülle unseres Lebens unerlässlichen Gebiete mit dem Botschaftsbund vereinigt sind — rief sogar in Polen Proteste hervor. In der außenpolitischen Kommission des Senats unterwarf ein Mitglied der Rechten-Partei (gemäßigter Bauernpartei) die Rede eines scharfen Kritik und vergrüßte sie mit den Worten: „Wohlwollende Willens II.“ Ein anderer Senator verlas Briefe von Ausländern, die die Meinung vertraten, daß die in Polen bestehenden und üblichen Versicherungen friedlicher Bestimmung durch diese Rede lägen gestraft würden. Das Kabinett sah sich zuletzt gezwungen, zu erklären, daß sich der Präsident freiwillig bereit erklärt habe, in Zukunft keine Rede ohne Besprechung mit dem Kabinett zu halten. Diese indirekte Mißbilligung hat aber R. Dmowski nicht abgehalten, bald darauf in dieselbe Rede zu schlagen. Dieser Führer der Nationaldemokraten hat in der offiziellen „Das Warszawa“ außenpolitische Richtlinien veröffentlicht, durch die er sich offenbar bei den Lesern und Wählern in empfehlende Erinnerung bringen wollte. Im Aufsatz bezeichnet er die „Verbindung Rumens und Lituanies mit Polen als unbedingt erstrebenswertes Ziel.“

Herbei stellt er die fahne Behauptung auf, daß „alle Reich- und Ostpreußen Polen seien.“ Das das Rumengesbiet bei diesem Annexionsprogramm auch zu Polen geschlossen wird, ist weiter nicht verwunderlich. Dem übrigen Ostpreußen gestattet er gnädigst eine „selbständige Republik“ nach Danziger Muster zu werden, die aber mit Polen durch eine „Jollunion“ verbunden sein muß. Die Ausführungen schließen mit den charakteristischen Worten: „Keineswegs darf Ostpreußen lange zu Deutschland gehören, da das einen pathologischen Zustand bedeuten würde.“

So erfreulich es ist, daß in Polen jetzt wenigstens Proteste gegen eine solche kriegerische Annexionspolitik erfolgen, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß fürs erste noch die Nationaldemokraten am Ruder sind, die nur ein Lied kennen: den Haggelang gegen Deutschland. Diese polnischen Annexionspläne werden von der deutschen Öffentlichkeit viel zu wenig beachtet, niemand denkt besonders an tatsächliche Abwehr, obgleich es ein Mittel gibt, um mit einem Schlage alle polnischen Gebiete zu befreien: Die Schaffung eines dichten Gürtels von Bauernsiedlungen längs der politischen Grenze in Ost- und Westpreußen. Was nun zum Problem Groß- und Kleindes in der Landwirtschaft stehen wie man will, hier haben nicht wirtschaftliche Gesichtspunkte, sondern nationalpolitische zu entscheiden. Sind in Ost- und Westpreußen einmal Tausende von zweiten Bauernhöfen aus Pommeren, Schleswig-Holstein, Hannover und Württemberg angelegt, so ist der Grund und Boden ein für allemal eingedeckelt, sonst werden durch polnische Bombenarbeiter, die teilweise im Lande bleiben, neue Gebiete herausgeschmoren werden. Friedrich Raumanns Wort: Bauerndorf an Bauerndorf, von Rempel bis zum Bobenke, das er zu Anfang des Jahrzehnts im Kampfe um die Botschaftsbund prägte, ist heute, für den Osten wenigstens, noch aktueller als damals, hart oder leider noch immer der Erfüllung.

Aus den besetzten Gebieten

Für die Studierenden des besetzten Gebietes

Nach einem Erlass der besetzenden Macht gelten Studierende, die eine rechtsrheinische Hochschule besuchen, nicht mehr als Einwohner des besetzten Gebietes, obwohl ihre Eltern und damit auch sie selbst ihren gesetzlichen Wohnsitz im besetzten Gebiet haben. Die Auswertung dieser französischen Vorschrift, die weder im deutschen noch im interalliierten Befragungsrecht eine rechtliche Stütze findet, ist die, daß die Studierenden jedesmal nach Semesterabschluss die Einreiseerlaubnis bei der besetzenden Macht einholen müssen und daß ihre Rückkehr ins Elternhaus vollständig von dem Willen der französischen Provinzdelegation abhängig ist. Zur Befestigung dieses unvertretbaren Zustandes hat der Reichsausschuss für Hochschulwesen folgenden Antrag eingebracht: Der Reichsausschuss beschließt, die Reichsregierung zu ersuchen durch sofortige Verhandlungen mit den Befragungsbehörden oder auf diplomatischem Wege zu erwirken, daß den an rechtsrheinischen Universitäten oder sonstigen Schulen Studierenden aus dem besetzten Gebiet ihre von der Befragungsbehörde eingezogenen Personalausweise vor Beginn der Ferien wieder zurückgegeben werden, damit ihnen die Rückkehr in die Heimat und Aufenthalt im Elternhaus ermöglicht wird und den Eltern oder Unterhaltungsstellen unnötige Ausgaben für den Aufenthalt in der Fremde in der heutigen teuren geldarmen Zeit erspart bleibt.

Die Lage der Ausgewiesenen

Der Weltausschuß des Deutschen Beamtenbundes hat sich in einer außerordentlichen Sitzung in Köln eingehend mit der Lage der Ausgewiesenen beschäftigt. Das Hauptaugenmerk wurde dabei auf die Unterbringungsmöglichkeiten der jetzt zurückkehrenden gerichtet. Die Orts- und Kreisstellen haben Anweisung erhalten, sofort Fürsorgeauslässe zu bilden und den Rückkehrenden mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Von der Regierung wird gefordert, daß sie alles daran setzt, um den Ausgewiesenen die Rückkehr und die Wiedereingliederung in ihre Heimat zu sichern.

Keine Begrüßung der Heimkehrenden

Die französische Kreisdelegationen wollen darauf hin, daß die Zurücknahme der Ausweisung in keiner Weise die Rechte verpflichtet, die Ausgewiesenen wieder einzulassen und die Rückgabe ihrer Wohnung in sich schließen, falls diese Befragungsbehörde sein sollte. Ferner wird von den Kreisdelegationen darauf hingewiesen, daß jede Rückgewiesenen in ihre Heimat (Fliegen, Umzug, Mißbilligung) streng verboten ist.

Eine brutale Strafe

Das Kreisgericht in Mainz verurteilte den Studenten Best von der Universität Gießen wegen seiner Mitgliedschaft zu der im besetzten Gebiet verbotenen Verbindung „Hochschul-

Deutschland und Rußland

[2] Berlin, 11. Juli. (Von unserem Berliner Büro.) In Berlin ist wie im Halle-Organ zu lesen ist, ein russisch-deutsches Organisationsbüro eingerichtet worden.

Die Miserere in Rußland

Die Sowjetregierung erläßt einen Aufruf, in dem sie gegen jegliche Panik hinsichtlich der hellenwelschen Miserere warnt.

Armeerevolte in Bolivien

Nach der Köln. Volkszeitung, trofen aus London gestern abend unbestätigte Nachrichten ein, die von einem großen Aufstand in der bolivianischen Armee wissen wollen.

Ein Kommunistenprozeß in München

Am 25. Mai gelang es, wie feinerzeit gemeldet, der Münchner Polizei, in der Germania-Brauerei in München einen verbotenen Bezirks-Parteitag der Kommunistischen Partei in Südbayern aufzuheben.

Polnische Entschädigungen

[2] Berlin, 11. Juli. (Von unserem Berliner Büro.) Auf Grund des Völkerbundsratsbeschlusses vom 17. Juni 1924 stellt die polnische Regierung einen Betrag von 2 700 000 Franken als Entschädigung für zusammen 500 liquidierte Anseher zur Verfügung.

* Beilegung des italienisch-lidnawischen Grenzstreitfalls. Nach einem Telegramm aus Rom ist zwischen der italienischen und der lidnawischen Regierung ein Abkommen getroffen worden.

Die Insel der Unsichtbaren

Roman von J. A. Gray
Copyright by August Scherl & Co. Berlin 1923
Ich drang ohne Schwierigkeiten in das Haus ein und irrte durch die Räume. Ueberall war ihr Parfüm, das Parfüm, welches ich so gut kannte.

Die neue Zoll- und Umsatzsteuervorlage

Wie wir erfahren, ist dem Chef des Reichswirtschaftsrates vom Reichsfinanzministerium unter Mitwirkung des Reichswirtschaftsministers und des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft der Entwurf eines Gesetzes über Zoll und Umsatzsteuer zur Besichtigung vorgelegt worden.

Zunächst ist vorgegeben die Bekanntmachung vom 4. August 1914 über vorübergehende Einfuhrerleichterungen für Roggen, Weizen, Gerste, Hafer, Kartoffeln, Rindfleisch, Schafe, Schweine, Fleisch und Schweinefleisch aufzuheben.

Der zweite Artikel bringt die Neuregelung der Umsatzsteuer. Der Satz der allgemeinen Umsatzsteuer wird von 1/3 auf 2 Prozent ermäßigt.

Als Veränderung sei folgendes hervorgehoben: Die deutsche Wirtschaft muß härter als je das Ziel eines Ausgleichs der Handelsbilanz sehen. Die höchste Produktivität landwirtschaftlicher Erzeugung ist dazu nötig.

Deutsches Reich

Arbeitslosenunterstützung und Reichsetat

Der Reichsarbeitsminister Brauns führte im Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten an, in der Arbeitslosenunterstützung könne unmöglich ein Vorhergehendes geboten werden.

Für ein hartes Brechen

Die preussischen Landesdirektoren, die in Kiel versammelt sind, fahien eine Entschlieung, in der gegen die Beeinträchtigung der Selbstverwaltung der Gemeinden und Gemeindevorstände, insbesondere der Provinzialverbände Stellung genommen wird.

Badische Politik

Schulfragen vor dem Haushaltsausschuß

Bei der gestrigen Weiterberatung des Beschlusses des Ministeriums des Kultus und Unterrichts durch den Haushaltsausschuß des Landtags bemerkte der Unterrichtsminister zu Ausführungen eines Zentrumsmitgliedes über die Schaffung eines „geflügten Proletariats“ durch einen unermesslichen Zustrom an den höheren Lehranstalten, daß gerade bei den Realschulen der Übergang aus mittleren und unteren Klassen besonders hart sei.

Eingehend erörtert wurde dann die Frage der Einflutung der Direktoren an den sechs- und siebenklassigen höheren Lehranstalten. Ein Zentrumsantrag, der die Regierung ermächtigt, diese Anstalten im Sinne der Kleinbildung der Direktoren an sechs- und siebenklassigen Lehranstalten zu verstellen, wurde mit 19 Stimmen angenommen.

Im weiteren Verlauf der Beratungen wurde Kritik geübt, daß an der höheren Realschule in Konstantz in einem Lehrerkollegium von 19 Köpfen außer zwei Fachlehrerinnen nur eine einzige Lehrerin für den allgemeinen Unterricht vorhanden ist.

Letzte Meldungen

Der Massenmörder Haarmann

[2] Berlin, 11. Juli. (Von unfr. Berliner Büro.) Der B. Z. wird aus Hannover gemeldet: Heute abend findet in Hannover eine große Protestversammlung statt, in der das Verbrechen des Massenmörders Friedrich Haarmann und seine Beziehungen zu hannoverschen Kriminalbeamten besprochen werden soll.

Die Oberstaatsanwaltschaft von Hannover, die sich jetzt mit den Klagen der erbitterten Bevölkerung gegen die Polizei beschäftigt hat, dem Disziplinargericht von 6 hannoverschen Kriminalassistenten nach Befürwortung durch den Polizeipräsidenten stattgegeben.

Messina, 11. Juli. Bei einem Brande der Normalschule im Gymnasium der Karmeliterkirche, der schließlich 80 Holzhäuser einäscherte, wurden 30 Feuerwehrleute und Bürgerwehler verwundet. Ungefähr 1500 Personen sind obdachlos geworden.

11. März

Er wurde unruhig, da er meinen gleichenden Blick körperlich empfinden mochte. Ruckerte einige Male seine Umgebung. Sein Auge glitt weg über mich, den er nicht sah.
Dann kam sie, mein Ohr vor mir leinend ihrer Worte. Das alles quälte mich unsäglich, aber ich empfand eine Art Wollust, diesen Schmerz auszukosten bis zur Weige.

Ich trat zu ihm. Er wurde bald unruhig und sah sich wiederholt im Zimmer um. Später griff er nach Pfeifebogen und Feder. Ich blickte über seine Schulter, als er schrieb.
Ich riß ihm die Feder aus der Hand und schrieb quer über den Briefbogen: „Schurkel! Denke an das Haus de la Begal! Die Rache ist unterwegs!“

Friedensmieten?

Von Walter Langer (Oberhausen), Mitglied der volksparteilichen Fraktion im Preussischen Landtag

Wir geben die nachstehenden Ausführungen hier wieder, ohne zu den Einzelheiten Stellung zu nehmen. Schriftleitung.

Eine der wichtigsten Fragen der deutschen Volkswirtschaft wird demnächst der Öffentlichkeit und der Entscheidung zur Entscheidung unterbreitet. Es handelt sich um nichts geringeres, als darum, ob und von welchem Zeitpunkt die Friedensmietenpreise gehoben werden sollen.

Die Geltungsdauer des Reichsmietengesetzes wird auf den 31. Dezember 1924 beschränkt. Soweit bis zu diesem Termin eine Angliederung der Mieten an die Friedensmiete nicht erfolgt ist, soll diese Angliederung sich bis zum 1. April 1925 vollziehen.

Der Antrag wird in der Öffentlichkeit stark umstritten werden. Er will nicht die Aufhebung des Mieterschutzes, auch nicht die Aufhebung der Zwangswirtschaft schlechthin. Was er bezweckt, ist die Zahlung eines Mietpreises, der in keiner Höhe der Friedensmiete gleichkommt.

Die Aufhebung des Mieterschutzes, auch nicht die Aufhebung der Zwangswirtschaft schlechthin. Was er bezweckt, ist die Zahlung eines Mietpreises, der in keiner Höhe der Friedensmiete gleichkommt.

Die Aufhebung des Mieterschutzes, auch nicht die Aufhebung der Zwangswirtschaft schlechthin. Was er bezweckt, ist die Zahlung eines Mietpreises, der in keiner Höhe der Friedensmiete gleichkommt.

Die Aufhebung des Mieterschutzes, auch nicht die Aufhebung der Zwangswirtschaft schlechthin. Was er bezweckt, ist die Zahlung eines Mietpreises, der in keiner Höhe der Friedensmiete gleichkommt.

Messen und Ausstellungen

Die Kölner Herbstmesse

Erweiterung der Messenfläche — Zahlreiche Ausstellerausschreibungen — Umgruppierungen — Der Kampf gegen die „Schlechte“

Die das Messenamt Köln mittels, wird zur Herbstmesse, die vom 14. bis 18. September stattfindet (die Landwirtschaftsfläche vom 14. bis 7. September abgehalten), die Ausstellungsfläche um 12.000 Quadratmeter erweitert werden, sodass verschiedenen Geschäfts-Quadratmeter erweitert werden, sodass verschiedenen Geschäfts-Quadratmeter erweitert werden, sodass verschiedenen Geschäfts-Quadratmeter erweitert werden.

Und heute weiß ich, daß er den in der Hypnose erhaltenen Befehl getreulich ausgeführt hat, mit allen schmerzlichen Einzelheiten. Morgen werde ich mein Lebenswerk beginnen!

15. März

Gestern war ich in der Versammlung des Bundes. Ich kenne keines der neuen Mitglieder, nur Compos. Also werde ich im geheimen wirken müssen.

Sie freuen sich alle über Gygans Tod. Er war auch der Angerben gewesen, der alle meine Freunde in den Kerker gebracht hatte. Nun, er wird keinen Schaden mehr tun!

Wie es scheint, haben sie einen einschneidenden Schlag vor. Selber gehalten sie sich auch in den Versammlungen, wenn sie unter sich sind, sehr gehemmt. Sie scheinen sich einer Art Chiffre-Sprache zu bedienen. Ich verstand nichts von ihren Reden — nur daß es dem Bundes ziemlich an Geld mangelt.

Das ist eine Aufgabe für mich. Morgen werde ich den Staal um ein paar Millionen leichter machen. So, wie damals jene Pant in Melbourne. Sie werden haufen in der nächsten Versammlung, wenn das Geld plötzlich auf dem Tische liegt. Und meiner Börse wird der Nachschub auch willkommen sein.

Hier bricht das Tagebuch plötzlich ab. Am Tage vor jenem Geschehnis im Gebäude der Staatsbank.

Um mich von der Richtigkeit meiner Vermutungen zu überzeugen, habe ich bei einem der alten Bündlener Gefundanten eingezogen. Der konnte mir nur das wiederholen, was bereits in den Berichten der Blätter enthalten gewesen. Aber etwas, was ihm bedeutungslos schien, wurde für mich zum leichten Gliede in der Kette: er hatte bei den Aufklärungsarbeiten in einem Wohnraum der oberen Stockwerke verdeckt etwas gefunden. Ein Bündel. Es enthielt einen vollständigen Anzug samt Wäsche, einen kleinen leeren Koffer, ein Handtuch und eine dunkle Perücke.

Ich ließ mir die Dinge zeigen. Zunächst fand ich in dem angeblich leeren Koffer eine dunkle Perücke. Und das Handtuch war durch fettige, rötliche Flecke stark verunreinigt. Schamkette!

Dem Ratte gab ich keine Erklärung — er hätte mich ja doch nicht verstanden.

der unter Benutzung des privaten Kapitals die Bedürfnisse des Wohnungsmarktes möglichst befriedigen muß. Soll er dies aber tun, so ist eine Erhöhung des Mietzinses unumgänglich notwendig.

Eine solche Erhöhung würde für das private Kapital der Anreiz sein, sich wieder dem Baumarkt zuzuwenden, da es auf eine angemessene Vergütung rechnen könnte. Doch zur Überwindung der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit und überhaupt der allgemeinen wirtschaftlichen Not die Erhebung des Baumarktes ein großer Fortschritt sein würde, ein Fortschritt, den auch die Konsumenten, in diesem Falle die Mieter, begrüßen sollten, kann keinem Zweifel unterliegen.

Bei Beurteilung der vorliegenden Tatsachen und Gesichtspunkte spielt auch die Frage der Erhaltung der Wohnungen eine ganz außerordentlich wichtige Rolle. Die Erhaltung der Wohnungen ist eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit. Niemand kann heute leugnen, daß unter der Herrschaft der Zwangswirtschaft sehr wenig für die Erhaltung der Häuser und Wohnungen geschehen ist. Sie sind vielfach so verfallen, daß dem Volkswohl ungeheure Werte verloren gegangen sind.

Bei Beurteilung der vorliegenden Tatsachen und Gesichtspunkte spielt auch die Frage der Erhaltung der Wohnungen eine ganz außerordentlich wichtige Rolle. Die Erhaltung der Wohnungen ist eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit. Niemand kann heute leugnen, daß unter der Herrschaft der Zwangswirtschaft sehr wenig für die Erhaltung der Häuser und Wohnungen geschehen ist.

Bei Beurteilung der vorliegenden Tatsachen und Gesichtspunkte spielt auch die Frage der Erhaltung der Wohnungen eine ganz außerordentlich wichtige Rolle. Die Erhaltung der Wohnungen ist eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit. Niemand kann heute leugnen, daß unter der Herrschaft der Zwangswirtschaft sehr wenig für die Erhaltung der Häuser und Wohnungen geschehen ist.

Bei Beurteilung der vorliegenden Tatsachen und Gesichtspunkte spielt auch die Frage der Erhaltung der Wohnungen eine ganz außerordentlich wichtige Rolle. Die Erhaltung der Wohnungen ist eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit. Niemand kann heute leugnen, daß unter der Herrschaft der Zwangswirtschaft sehr wenig für die Erhaltung der Häuser und Wohnungen geschehen ist.

Bei Beurteilung der vorliegenden Tatsachen und Gesichtspunkte spielt auch die Frage der Erhaltung der Wohnungen eine ganz außerordentlich wichtige Rolle. Die Erhaltung der Wohnungen ist eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit. Niemand kann heute leugnen, daß unter der Herrschaft der Zwangswirtschaft sehr wenig für die Erhaltung der Häuser und Wohnungen geschehen ist.

Bei Beurteilung der vorliegenden Tatsachen und Gesichtspunkte spielt auch die Frage der Erhaltung der Wohnungen eine ganz außerordentlich wichtige Rolle. Die Erhaltung der Wohnungen ist eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit. Niemand kann heute leugnen, daß unter der Herrschaft der Zwangswirtschaft sehr wenig für die Erhaltung der Häuser und Wohnungen geschehen ist.

Nach der Frühjahrsmesse sind dem Messenamt von vielen Seiten Vorschläge für die Organisation der Messe gemacht worden, und auch die Tages- und Nachpresse hat in ihren Berichten über die Messe manche beachtenswerte Anregungen gegeben, die soweit sie als zweckmäßig anerkannt worden und durchführbar sind, in weitestem Maße bei der Herbstmesse berücksichtigt werden sollen.

Aus dem Rechtsleben

Rückvergütung der Umsatzsteuer

Vom Reichsverband des Deutschen Ein- und Ausfuhrhandels wird uns gemeldet:

Die Verordnung vom 21. Februar 1924 und die Bekanntmachung vom 27. Februar 1924 regeln das Ausfuhrerstattungsverfahren, wonach der Hundertteil des der Veräußerung zu erwerbenden Betrags vom vereinnahmten (vereinnahmten) Entlohnung auf 92 % festgesetzt wurde.

Aber dem Leser dieser Blätter wird es die restlose Erklärung für den rätselhaften Fund im Parteigebäude bedeuten. Damit schließe ich meinen Bericht.

Madrid, am 30. V.

Mateo Ruiz.

Theater und Musik

Theater im belebten Gebiet. Das in städtische Verwaltung übernommene Theater in München-Gladbach (Intendant J. H. Broch) soll, wie wir hören, am 5. Oktober mit Haendels auf weißdeutschen Bühnen bisher nicht erschienenen Oper „Robe- linde“ unter der musikalischen Leitung des ersten Kapellmeisters Jauner eröffnet werden.

Münchener Mozart- und Wagner-Festspiele 1924. Wie wir von der Generaldirektion der bayerischen Staatstheater München erfahren, sind für die diesjährigen Mozart- und Wagner-Festspiele folgende Aufführungen vorgesehen: Meistersinger (1. 17., 28. August und 9. September), Musikalische Zeitsung: Furtwängler, Heger, Knappertsbusch, Ring des Nibelungen (Symphonie: 3., 4., 6. und 8. August; 30., 31. August, 2. und 4. September), Musikalische Zeitsung: Knappertsbusch, Tristan und Isolde (10., 21. August und 7. Sept.), Musikalische Zeitsung: Furtwängler, Heger, Knappertsbusch, Parsifal (15., 19., 24. und 27. August, 6. September), Musikalische Zeitsung: Knappertsbusch, Così fan tutte (7., 18. August, 8. Sept.), Musikalische Zeitsung: Heger, Entführung aus dem Serail (11. und 20. Aug.), Musikalische Zeitsung: Furtwängler, Knappertsbusch, Don Giovanni (13. und 23. August), Musikalische Zeitsung: Knappertsbusch, Figaros Hochzeit (16., 26. August, 3. September), Musikalische Zeitsung: Furtwängler, Knappertsbusch.

Theaterüberblick. Am hiesigen Nationaltheater ist die Tragödie „Ragen“ von Max Zweig und eine Komödie von Herbert Kranz deren Titel noch nicht feststeht, zur Uraufführung erworben worden. — Das Ernst-Drucker-Theater in Hamburg wird Ende Juli mit der Uraufführung der patriotischen Operette „Von Hamburg geht es nach Riga“ von Georg Meißel wiedereröffnen. — Der Direktor des früheren Deutschen Theaters in Stuttgart, Ferdinand Schüra, ist für den Intendanten Ernst Rartin, der nach Krefeld geht, zum Intendanten des Saardrucker Staatstheaters gewählt worden. — Kapellmeister Hans von Bülowenbergsche Landesoper in Stuttgart hat die für ihn neugeschaffene Stellung eines städtischen Generalmusikdirektors in Halle angenommen. — Der Dichter Frank Wedekind hätte am 24. Juli d. J. seinen 60. Geburtstag gefeiert. Aus Anlaß dieses Gedächtnistages wird Frau Lily Wedekind, die Witwe des Dichters, nach langer Pause wieder auftreten. Das Moderne

förderung und Verankerung nicht gesondert in Rechnung gestellt werden, hat sie der Berechtigten bei Geltendmachung des Veräußerungserlöses vom vereinnahmten (vereinnahmten) Entlohnung abzutreiben und diesen Abzug als solchen kenntlich zu machen. Entsprechend diesen Vorschriften hat eine uns anerschlossene, nur ein liegende, Firma von ihrem Umsatz 92 % anommen und dann die Spesen für Kraft und Verankerung nach den überrückten Wägen abgezogen. Das für die Firma in Frage kommende Finanzamt wollte sich aber nicht an die 92 % halten, sondern forderte von der Firma eine genaue Aufstellung, wieviel die Ware ab Fabrik abgeliefert habe. Bei einem Vortrieb wäre naturgemäß festzustellen gewesen, daß etwas mehr als 8 % verdient worden war, während bei anderen Partien der Verdienst noch geringere war. Da ausserdem jene Ansicht des Finanzamtes nicht mit dem Willen des Gekaufers übereinstimmt, der darin sieht, daß die Festsetzung in den Verordnungen eine Erleichterung für die Erwerber und das Finanzamt bedeuten soll, hat sich der Reichsverband des Deutschen Ein- und Ausfuhrhandels an den Reichsminister der Finanzen unter Darlegung des Falles gewandt mit dem Ergebnis, daß in diesen Tagen durch einen besonderen Erlaß die erwähnten Bestimmungen für die Finanzämter als bindend erklärt worden sind. Der Reichsfinanzminister führt in seinem Erlaß an das betreffende Landesfinanzamt weiter aus: „Insbesondere kann die Gemäßung der Veräußerung von 92 % des Verkaufspreises nicht von dem Kaufpreis abhänala gemacht werden, daß im Einzelfalle die Spanne zwischen Einkaufs- und Verkaufspreis nicht mehr als 8 % betragt. Ein vertriebes Verlangen würde die mit der Einführung des Kaufabwertfahrens nach dem Verkaufspreis bedingte Vereinfachung des Veräußerungsverfahrens illusorisch machen. Sollte die Wahrnehmung gemacht werden, daß die Spanne zwischen Einkaufs- und Verkaufspreis erheblich mehr als 8 % betragt, so wäre unbefehdet der Durchführung der schwebenden Veräußerungsfälle zu bedürfen.“

Städtische Nachrichten

Die Gasversorgung

Von der Direktion der Stadt Wasser, Gas- und Elektrizitätswerte erhalten wir folgende Mitteilung: Die Versorgung des Gas nicht immer in genügender Menge erzeugt und den Abnehmern in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt werden kann, was dies während der Kriegsjahre und kurz nach dem Kriege der Fall war, voransteht auch heute noch einen Teil der Bevölkerung, die Kohlen- versorgung beizubehalten und auf die viel billigere, bequemere und reinlichere Gasversorgung zu verzichten.

Nachdem die Kohlenversorgung als gesichert bezeichnet werden muß und durch die Inbetriebnahme der neuen Kesselanlagen Gas in größeren Mengen erzeugt werden kann, liegt es heute, wo jeder mehr denn je darauf angewiesen ist, so sparsam wie nur irgend möglich zu wirtschaften, im Interesse jedes einzelnen, an Stelle der festen und teureren Brennstoffe das billigere und im Gebrauche praktischere und reinlichere Gas zu verwenden. Die Ersparnis liegt nicht nur in dem billigen Preise des Gases selbst, sondern darin daß durch die leichte Regulierbarkeit der Gasbrenner nur so viel Wärme erzeugt werden braucht, als zur Fertigstellung des Koch-, Brau- oder Badzwecke unumgänglich notwendig ist. Gasapparate in den neuesten Ausführungen können außer bei den hiesigen Verkaufsstellen auch im Vorführungsraum der städtischen Werke K 7 besichtigt werden. Hier werden sie auch im Betriebe vorgeführt und wird dabei auch jede weitere gewünschte Auskunft erteilt. (Näheres siehe Anzeige im Mittagsblatt.)

* Nummer 1 der „Mannheimer Renntage“, die bei den Zustrennen wieder das unentbehrliche Orientierungsmittel für jeden Freund des Pferdesports sein wird, ist heute im Verlag der Drucker Dr. Haas, Mannheimer General-Anzeiger, G. m. b. H., Mannheim, erschienen. Der von einem anerkannten Fachmann bearbeitete Textteil enthält: Vorlauf mit Starterliste, das Programm des ersten Rennnages am Sonntag, den 13. Juli, und die auf den aktuellsten Stand gebrachten Formen sämtlicher gemeldeten Pferde. Wer sein Glück am Tolo versuchen will, muß unbedingt im Besitz der „Blauen“, des offiziellen Organs des Bahlfischen Renneren sein. Wir verweisen dabei besonders auf die Tips, die sich meistens als zutreffend erwiesen haben. Die Leser werden auch auf den Anzeigenteil aufmerksam gemacht, in dem sich die ersten hiesigen Firmen empfehlen. Zu haben ist die „Blaue“ im Straßenverkauf, in den Kiosken, Zigarrengeschäften und in unserer Geschäftsstelle, E 6, 2.

* 5. Steblers „Mannheimer Markt“. Der bekannte pfälzische Kunstmalere und Graphiker Stebler veröffentlichte heute das erste Blatt eines großangelegten Rappenwerks, das in einer Reihe von 15 Lithographien den „Mannheimer Markt“ zur Darstellung bringt. Schon das erste Blatt, das den Titel „Händsprung“ trägt, zeigt, daß die eingehenden Vorarbeiten, die Stebler schon seit Jahren zu diesem Werk betreibt, für das Kunstleben wertvolle Früchte reifen lassen. Stebler, dessen Spezial-

Volle Form und Jugendfrische sind der Wunsch vieler Frauen. Wir raten Ihnen, in Ihrer Apotheke 30 Gram echte Anaro-Kerne zu kaufen, die erprobte, unschädliche Stoffe von anfangsrunder Wirkung enthalten. Em. 80/81.

Theater in Wien veranstaltet am 24. Juli eine Bedekind-Gedenkfeier, bei der Lily Bedekind mitwirken wird. — Intendant Jesner hat Pamela Bedekind, des Dichters Bedekind Tochter, die sich kürzlich mit dem Sohne des Dichters Heinrich Wonn, mit Klaus Heinrich Wonn, verheiratet hat, als Schauspielerin an das Staatliche Schauspielhaus nach Berlin verpflichtet. Auch ein Sohn Artur Schnitzlers wurde jüngst an das Schauspielhaus berufen. — Zum ersten Kapellmeister des Stadttheaters in Plauen wurde Dr. Cremer aus Rostock gewählt. Dr. Cremer ist Musikdirektor, erst nach dem Kriege hat er den ärztlichen Beruf auf und studierte am Kölner Konservatorium Musik. Seit 1922 wirkt er als Kapellmeister am Stadttheater in Rostock.

Kunst und Wissenschaft

Berlin-Münchener Museums-Leihverkehr. Die Berliner Nationalgalerie hat der Münchener Staatsgalerie für die große Ausstellung von Meisterwerken der Malerei aus dem letzten 50 Jahren, die jetzt in München eröffnet werden soll, eine Reihe von Hauptwerken aus ihrem Besitz zur Verfügung gestellt. Dafür hat sich nun München ebenfalls gezeigt und eine Anzahl von Meisterwerken französischer Malerei, die jetzt in der Ludwig-Spende in der dortigen Staatsgalerie hängen, für diese Zeit nach Berlin geliehen. Darunter sind das bekannte Bild Monets, das einst in der Sammlung Fellerin schon in Berlin ausgestellt war, die Darstellung von Claude Monets Boots-Arbeiter auf der Seine aus dem Jahre 1874, dann ein großes Sonnenblumenstillleben von van Gogh, eine der lieblichen Idyllen von Gouguin und zwei seiner Bilder aus der Bretagne, eine Hirtenlandschaft von Maurice Denis.

Kleine Chronik. Im Alter von 70 Jahren ist in Wien Universitätsprofessor Dr. Joseph Hertz, einer der hervorragendsten Chemiker des Reiches, gestorben. Er wirkte seit 32 Jahren an der Universität Wien. Sein Arbeitsgebiet umfaßte den gesamten Stoff der Chemie. Hervorragendes hat er namentlich in der medizinischen Chemie, vor allem hinsichtlich der Eiweißkörper, geschaffen. Er war einer der maßgeblichsten Mitarbeiter des von Abderhalden herausgegebenen Handbuchs der Arbeitsmethoden. Für seine Forschungen hat er zahlreiche Auszeichnungen erhalten. — Walter Braunsfels hat eine musikalische Komödie in drei Aufzügen nach dem Spanischen des Tirso de Molina „Don Gil von den grünen Hosen“ vollendet, die in der nächsten Spielzeit an der Münchener Oper zur Uraufführung gelangt. — Prof. Richard Graf Du Rouin-Carl, der Historiker der Technischen Hochschule in München, hat eine dreistellige Prosefestschrift „Der Seelenfänger“ verfaßt, die demnächst in einem Münchener Verlage erscheinen wird. Das Stück soll ein Bekenntnis des Gelehrten von der Auffassung seines Berufes darstellen.

gebiet die Darstellung von Wälder Band und Seite, von Egenen aus dem Wälder Wein- und Jochstieben ist, nimmt auf dem Gebiete der Kreditphotographie eine führende Stellung ein.

Kleiner Grenzverkehr mit der Schweiz. Umlich wird mittel: Rächter Tage werden wieder vieler Erleichterungen im kleinen Grenzverkehr in Kraft treten.

Sprechtag bei den hiesigen Finanzämtern. Die Diensträume und die Kassen bei den Finanzämtern Mannheim-Stadt und Refarstadt sind von Montag, den 14. Juli an vormittags von 8-12 Uhr täglich für das Publikum geöffnet.

Keine Weinsteuerkundung. Der Vorstand des Bundes süddeutscher Weinbändler-Bereine hat sich wiederholt an das Reichsministerium der Finanzen gewandt, um bei der heutigen Kreditknappeit eine Stundung der Weinsteuer zu erreichen.

Ein langer Sommer in Sicht! Vogelkunde und Naturbeobachter berichten, daß die Staren heuer eine zweite Brut ansetzen, während die jungen Staren bereits flüchtig geworden sind.

Im Schrebergarten. Die günstige Witterung hat im Schrebergarten nicht nur das späte Frühjahr nachgeholt, sondern geradezu ein üppiges Blüten, Wachsen und Gedeihen entfaltet. Alle Tage ist Arbeit in Hülle und Fülle.

Die Heibelberzene im Schwarzwald hat ihren Anfang genommen. Nicht die Reue vernünftig ernten und nicht wie die Bandalen und blinde Fortführer in den Beerenbeständen häufen, die nicht „raffeln“ und die unreifen Beeren nicht niederstreuen, gibt es einen sehr guten Ertrag und alle kommen zu ihrer Sacke.

Das Trocknen der Wäse geschieht entweder in der Sonne, auf dem Herd oder im Backofen. Die feinen Wäse werden an eine Schnur gereiht und aufgehängt. Die größeren schneiden man in Stücke, legt sie auf weißes Papier, aber niemals auf Auchenblech.

Der hiesige Scharfrichter arbeitslos. Der hiesige Scharfrichter, der hiesige Antisozialist Konrad Widder, ist nach langem schwerem Leiden im Alter von 53 Jahren hier gestorben.

Großer Unst wurde dadurch verübt, daß vergangene Nacht um 1.25 Uhr der Feuermelder in der Bachstraße Nr. 3 eingeschlagen und dadurch die Berufsfeuerwehre alarmiert wurde.

Aus dem Lande

Schwefingen, 11. Juli. Eine großartige Beistung hat ein Polizeihund vollbracht. In der Nacht zum Sonntag war in Schwefingen ein Einbruch verübt worden.

Ladenburg, 11. Juli. Ein schweres Verbrechen ist in der vergangenen Nacht verübt worden. Der Bandit Rasper Teill war auf einem Felde mit Handarbeiten beschäftigt.

Waldmühlbach, 11. Juli. Der Rudi Wölger Turm auf dem Schimmberg ist schon seit geraumer Zeit baufällig und für den Verkehr gesperrt. Es wäre zu wünschen, daß die Reparaturen alsbald vorgenommen würden.

Brillen, 11. Juli. Beim Pfänden von Lindenblättern für die 16jährige Tochter des Bandits Pfisterer in Maulbrunn aus einer Höhe von 10 Meter von dem Baum herab und brach beide Verberarme.

Antschube, 11. Juli. Bei den auf das Preisauschreiben eingegangenen Entwürfen für das diesjährige Herbstmarkt-Plakat hat der Verkehrsverein Karlsruhe dem Entwurf mit dem Rennwort „Liebe“, Verfasser: Reklamekunst Schöner, G. m. b. H. hier den 1. Preis, dem Entwurf mit dem Rennwort „Fob“, Verfasser: Zeichenlehrer Alfred Böhl, hier, den 2. Preis und dem Entwurf mit dem Rennwort „Wimpelchen“, Verfasser: Kunstmalers Fritz Lang, hier, den 3. Preis zuerkannt.

aus dem Schwarzwald, 11. Juli. Schon rüht sich der Landmann zur Ernte. Hierorts wo Wintergerste gebaut wurde, ist man in dieser Woche volle Wägen schwer beladen nach der Scheune fahren. Die Druckergeballe sind sehr betriebigend.

des Bandmanns härteste aber auch schönste Zeit beginnt. Ein Gang durch die Obstgärten und Baumkulturen zeigt den guten Bestand guter gesunder Bäume, die reichen Ertrag versprechen und bei günstiger Witterung auch vollen Ertrag geben werden.

Friedlingen bei Badolzell, 10. Juli. Eine vor vier Jahren begangene Bluttat scheint jetzt ihre Aufklärung zu finden. Demals im Juni 1920 war im Walde bei Neuhausen der Fortwärt Weg 181 aufgefunden worden.

Aus der Pfalz

Bierstadt, 11. Juli. Die 1000 Stück tragfähigen Ritzdüse auf dem „Petersberg“ brachten heuer etwas über 250 Zentner Ritzstein; es müßten aber mindestens 500 Zentner geworden sein, wenn die Spätherbststeter nur eine mittelmäßige Ernte.

Glan-Mündel, 11. Juli. Zwei Schmäger in Wöbörn, Bang und Daling, gerieten in einen Familienstreit, in dessen Verlauf A. dem D. mit dem Rauf ein Schlag auf den Kopf gab, wodurch Daling einen Schädelbruch erlitt und ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Rodenhausen, 11. Juli. Während des Spielens einiger Kinder in der Sandgrube an der Reudorferstraße kam eine vierjährige hiesige Sandbank ins Kutschen und begrub ein dreijähriges Kind, das nur als Leiche wieder zutage gefördert werden konnte.

Koblitz, 11. Juli. Oberhalb der Neman'schen Wäse wegen am Mittwoch nachmittags Unbekannte die Schiffe und fingen die zurückgebliebenen Fische. Ermittlungen sind im Gange.

Nachbargebiete

Mals, 11. Juli. In der Mehrgerei Hirsch in der Ballaststraße drangen während der Abwesenheit der Familie Hirsch ein und stahlen, nachdem sie den Hund mit einem Besen über den Kopf geschlagen hatten, ungeführt die ganze Wocheneinnahme im Gesamtbetrag von 800 M. in barem Gelde.

Gerichtszeitung

Mannheimer Schwurgericht

Ein meinelidiges Ehepaar

Mannheim, 10. Juli. Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Dr. Bodenheimer. Beisitzer: Landgerichtsräte Dr. Müller und Dr. Schweizer. Die Geschworenen sind die gleichen, wie in der Sitzung vom 9. Juli. Vertreter der Anklagebehörde: Staatsanwalt Dr. Heller.

Schlosser Wilhelm König aus Offsbach a. M. und dessen Ehefrau Lina König geb. Schilling aus Eisfeld sind wegen Meineids und Urkundenfälschung angeklagt. Am 25. Februar d. J. leistete der Ehemann vor dem Amtsgericht hier einen Offenbarungseid wider besseres Wissen dahingehend, bei Auflösung des Haushalts habe keine Frau Möbelstücke fortgeschafft.

Die Angeklagten machten heute widersprechende Angaben. Seit ihrer Heirat im Jahre 1916 betrieben sie im Hause J. 1, 18 den Verkauf alkoholfreier Wäse. Das Geschäft schien nicht gut zu gehen. Die Eheleute lebten über ihre Verhältnisse hinaus, jedoch der Zufammenbruch unvermeidlich war.

Der Staatsanwalt begründet die Anklage: die heutige Hauptverhandlung entrolle ein Bild, durch das der Inhalt der Anklage volle Bestätigung finde. Die Angeklagten haben die Möbel des aufgelösten Haushalts an Westrich verkauft bzw. veräußert.

Der Verteidiger des angeklagten Ehemanns R. H. Dr. Pfeil, lenberger, stellt fest, daß König keinen Meineid, sondern nur einen ehrlichen Fallseid geleistet habe. Auch sei König berechtigt gewesen, den Verbleib der Möbel unangezeigt zu lassen, da König im Falle der Anklage der vollen Wahrheit sich der Gefahr einer strafgerichtlichen Verurteilung ausgesetzt hätte.

Das Gericht fällt folgendes Urteil: Der Angeklagte Wilhelm König wird wegen Meineids zu einem Jahre Zuchthaus, die Angeklagte Lina König geb. Schilling wegen Meineids und Urkundenfälschung zu 1 Jahr und 1 Woche Zuchthaus verurteilt. Nebenbei wurden beiden die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt, auch wurde gegen beide die bürgerliche Unfähigkeit, als Zeuge oder Sachverständiger eidlich vernommen zu werden, ausgesprochen.

Der Staatsanwalt begründet die Anklage: die heutige Hauptverhandlung entrolle ein Bild, durch das der Inhalt der Anklage volle Bestätigung finde. Die Angeklagten haben die Möbel des aufgelösten Haushalts an Westrich verkauft bzw. veräußert. Westrich klagte gegen König Eheleute auf Herausgabe der Möbel beim Landgericht Mannheim und Oberlandesgericht und erzielte ein abweisendes Urteil unter der Bedingung, daß Westrich an König Eheleute eine Aufwertungssumme von 500 Goldmark zähle.

Ein Presseprozeß — Verurteilung eines kommunistischen Schriftleiters

In der Nachmittagsession des Schwurgerichts hatte sich der Redakteur der Mannheimer Arbeiterzeitung, H. W. Heilmann aus Berlin wegen Beleidigung zu verantworten. Es handelte sich um zwei Artikel, die im April dieses Jahres in der „Arbeiterzeitung“ erschienen waren.

In der Verhandlung bezeugte der Staatsanwalt das Verhalten der Polizei resp. der Gendarmerie als durchaus korrekt, während der Angeklagte erklärte, daß man selbst in sozialdemokratischen Kreisen mit der Annahme des Summtrüppels nicht einverstanden sei.

Das Urteil gegen den Angeklagten Heilmann lautete auf 400 und auf 200 M. Geldstrafe oder auf 40 resp. 20 Tage Gefängnis.

Der Todesstoß auf die Braut

Vor dem erweiterten Schöffengericht Ebnetenbura begann dieser Tage die Verhandlung gegen den Kaufmann Rahlmar und dessen Mutter Alma Rahlmar, geb. Rahlmar. Ruri Rahlmar wird beschuldigt, am 3. Dezember 1923 durch Fahrlässigkeit den Tod seiner Braut, der 17jährigen Arbeiterin Marie Rahlmar zu verschulden zu haben.

Der Fall hat damals, wie einmütlich, großes Aufsehen erregt und die Anklage hatte ursprünglich auf Totschlag lautete. Marie Rahlmar war seit dem 3. Dezember 1923 verschwunden geblieben. Da sie an diesem Tage mit Rahlmar zusammen gesehen worden war und auch Hausbewohner laute Gespräche in der Wohnung der Mutter des Anzeigens gehört hatten, lenkte sich alsbald ein Verdacht gegen Rahlmar.

Neues aus aller Welt

Todesverbot für Frauen in der Türkei. Die türkischen Behörden haben einen Todesverbot herausgegeben, der den türkischen Frauen verbietet, im Meer zu baden. Die Polizei hat, wie die Zeitungen in Konstantinopel melden, strengen Auftrag bekommen, die Durchführung des Verbots zu überwachen.

Sträflingsflucht im Wägen eines Gefandten. Von einer Bande aus dem Gefängnis entwichener holländischer Sträflinge wurde dieser Tage der Wägen des deutschen Gefandten in Romno überfallen. Wie der „Ost-Express“ berichtet, war der Gefandte Dr. Schröder kurz vorher in seinem Wägen zu seiner Privatwohnung gefahren.

Wetternachrichten der Karlsruher Landeswetterwarte

Ein hartes Hochdruckgebiet bedeckt Mitteleuropa, so daß überall von Frankreich bis nach Ostdeutschland helles, warmes Sommerwetter herrscht. In Baden liegen die heutigen Morgenstemperaturen in der Rheinebene auf 18 Grad, im Hochschwarzwald auf 12 Grad.

Vorausssichtliche Witterung für Samstag bis 12 Uhr nachts: heiter, trocken, sehr warm.



MANNHEIMER RENNtage

am 13., 16. und 20. Juli 1924 auf den Mannheimer Rennwiesen veranstaltet vom Badischen Rennverein Mannheim.

No. 1 der blauen Mannheimer Rennsportzeitung (Offizielles Organ des Bad. Rennvereins)

Ist erhältlich und zu haben im Strassenverkauf, den Kiosken, Zigarrengeschäften u.a.w., der Filiale Waldhofstrasse 6 sowie im Verlag E. G. 2.

Preis 20 Pfennig. Mannheim General-Anzeiger.

